

Anfragen zum Plenum

in der 27. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Renate Ackermann
(GRU)

Angesichts der vom Bayerischen Landesamt für Statistik für den Stichtag 1. März 2013 bekanntgegebenen Zahl von 72.476 Kindern unter drei Jahren, die in bayerischen Kindertagesstätten betreut werden, frage ich die Staatsregierung, wie viele der von der Staatsministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, Christine Haderthauer, am 15. April 2013 errechneten 100.000 Krippenplätze in Bayern mit Kindern fehlbelegt sind, die bereits das dritte Lebensjahr vollendet haben bzw. wie viele Plätze für Kinder unter drei Jahren bisher überhaupt nicht belegt wurden und ob angesichts der Diskrepanz von 27.524 Krippenplätzen, die nicht mit Kindern unter drei Jahren belegt sind, von einem Überangebot an Krippenplätzen in Bayern auszugehen ist?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der Grundschülerinnen und Grundschüler in Bayern sind in Klassen mit weniger als 20 Kindern, mit 20 bis 22, 23 bis 25, 26 bis 28 Kindern und über 28 Kindern pro Klasse und wie hoch ist der Anteil an befristeten bzw. unbefristeten Arbeitsverhältnissen bei Grundschullehrkräften und wie viele fertig ausgebildete Grundschullehrkräfte sind auf der Suche nach einer Beschäftigung?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist dem Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit bewusst, dass die Sperrung der Betriebe offensichtlich (siehe Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Augsburg) rechtswidrig war und dass der Erregerstamm gemäß der tierseuchenschutzrechtlich relevanten EU-Verordnungen keineswegs eine Verkehrsunfähigkeit der Milch nach sich ziehen würde, wenn ja, welche etwaigen Haftungskosten kommen eventuell auf den Staatshaushalt zu und auf welche rechtliche Grundlage stützt sich die flächendeckende Untersuchung der Rinderbestände?

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
(FREIE WÄHLER)

Nachdem aufgrund des Organspende-Skandals in den letzten Monaten einige bayerische Transplantationszentren geschlossen wurden, unter anderem auch das Lebertransplantationszentrum am Universitätsklinikum Erlangen, welches mit diesen Skandalen überhaupt nichts zu tun hatte, frage ich die Staatsregierung, wel-

che konkreten Gründe für die Schließung des Erlanger Transplantationszentrums ausschlaggebend waren und was war die Entscheidungsgrundlage (der höchstumstrittene „Mühlbacher-Bericht“ kann wohl nicht die Grundlage gewesen sein) für die Kliniken, die weiterhin als Transplantationszentrum arbeiten können, obwohl sie von dem Organspende-Skandal unmittelbar betroffen waren?

Dr. Thomas Beyer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist sie über die Problematik informiert, dass in vielen Fällen gegenüber Empfängern des Arbeitslosengeldes (ALG) II Bußgeldbescheide wegen vermeintlich nicht geleisteter Beiträge zur Pflegeversicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XI ergehen, obwohl tatsächlich derartige Beiträge laufend durch die Jobcenter abgeführt werden, indes bei den Versicherungen interne Verrechnungen mit Altbeiträgen oder Beiträgen zu einer nicht gekündigten privaten Pflegeversicherung aus den Zeiten vor dem ALG II-Bezug vorgenommen werden und im Anschluss – in der Sache unzutreffend – eine Meldung an das Bundesversicherungsamt wegen angeblich offener laufender Beiträge erfolgt, welche Möglichkeiten zu einer Änderung der Rechtslage sieht die Staatsregierung und wird sie im Hinblick auf veranlasste gesetzgeberische Aktivitäten im Bereich des SGB II bzw. SGB XI initiativ werden?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie wollen sie und Ministerpräsident Horst Seehofer, der zusammen mit seiner CSU noch vor einem Jahr verkündet hat, Bayern wolle das Windland Nummer 1 werden, die Umsetzung des Energiekonzepts der Staatsregierung (6 bis 10 Prozent des Strombedarfs in Bayern aus Windkraft zu decken) erreichen, hält Ministerpräsident Horst Seehofer an seinem Versprechen, „Windräder künftig zehnmal so weit von Häusern entfernt bauen zu müssen, wie sie hoch sind“, fest und wie will er den Verlust an Ausbildungs- und Arbeitsplätzen sowie Exportverlusten der Windkraftindustrie in Bayern kompensieren?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch ist der prozentuale Anteil ökologischer Betriebe bzw. der ökologisch bewirtschafteten Flächen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. der landwirtschaftlich genutzten Flächen der einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte in Bayern?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Nachdem mir die das Staatsministerium für Unterricht und Kultus in seiner Antwort vom 19. Juni 2013 auf meine Schriftliche Anfrage betreffend „Schließung von Grundschulen in Unterfranken“ (Drs. 16/17517) mitgeteilt hat, dass derzeit keine Schließung von rechtlich selbstständigen Grundschulen für das Schuljahr 2013 in Unterfranken vorgesehen ist, frage ich die Staatsregierung, ob im nächsten Schuljahr alle nichtselbstständigen Grundschulen (außer Greußenheim) in Unterfranken erhalten bleiben und wenn nein, welche davon betroffen sind (bitte jeweilige Begründung nennen) bzw. wann genau der Stichtag für die jeweilige Klassenbildung z.B. in den unselbstständigen Grundschulen ist?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie erklärt sich das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) die Tatsache, dass bei den schriftlichen Fachabiturprüfungen an der Ersten Privaten Fachoberschule Schweinfurt (EPFOS) in Schweinfurt alle Schüler die Anforderungen mit null Punkten nicht bestanden haben, obwohl ich das StMUK bereits mit Schreiben vom 26. Oktober 2012 auf diverse Unregelmäßigkeiten hinsichtlich z.B. Nachkorrekturen durch den Fachbetreuer in einigen Fächern an den Privaten Schulen Schwarz aufmerksam gemacht hatte und mir damals im Antwortschreiben vom 24. Januar 2013 durch den Staatsminister für Unterricht und Kultus, Dr. Ludwig Spaenle, („Die Regierung hat sich ebenfalls davon überzeugt, dass die Private Wirtschaftsschule Müller als staatlich anerkannte Privatschule die staatlichen Lehrpläne so weit beachtet, dass die Lehrziele in den einzelnen Jahrgangsstufen erreicht werden. Das Staatsministerium schließt sich den Feststellungen und Bewertungen der Regierung zur pädagogischen Qualität des Unterrichts an; ein weiteres aufsichtliches Vorgehen ist nicht geboten“) versichert wurde, dass kein weiteres aufsichtliches Vorgehen geboten sei, und hat das StMUK wissentlich mir damals falsch mitgeteilt, dass die Privatschulen „bei der Aufnahme, beim Vorrücken ... die für die öffentlichen Schulen geltenden Regelungen anwenden“, obwohl bei der Aufnahme der Schüler keine Aufnahmeprüfung verlangt wurde und alle Schüler ohne Leistungseignung aufgenommen wurden und wie sieht das StMUK die Schulleitung verantwortlich, da diese trotz überdurchschnittlich hoher Abwesenheit der Schülerinnen und Schüler im Unterricht keine entsprechenden disziplinarischen Konsequenzen gezogen hat und der Schule verwiesen hat bzw. auf unter Umständen mögliche Konsequenzen hinsichtlich der Abschlussprüfungen hingewiesen hat?

Dr. Linus Förster
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie positioniert sie sich zu dem Vorschlag, sogenannte Zebrastreifen statt mit weißer Farbe mit einer Signalfarbe zu kennzeichnen und welche weiteren Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um die Aufmerksamkeit von Verkehrsteilnehmern bei Fußgängerüberwegen zu erhöhen?

Anne Franke
(GRÜ)

Ich frage die Staatsregierung, wie viel Prozent der Ufer des Starnberger Sees, Ammersees, Wörthsees, Wesslinger See, Pilsensees, Chiemsees, Waginger Sees und des Tachingersees jeweils frei zugänglich, jeweils aus Naturschutzgründen oder wegen Privatbesitzes unzugänglich sind und was für die Verbesserung des Zugangs zu den bayerischen Seen getan wird, der gemäß Art. 141 der Bayerischen Verfassung garantiert ist?

Prof. Dr. Peter Paul Gantzer
(SPD)

Nachdem Einigkeit darüber besteht, dass die Linie der U 6 nach Martinsried (Landkreis München) verlängert werden soll, frage ich die Staatsregierung, welche Voraussetzungen noch erfüllt werden müssen (insbesondere Geschäftsbesorgungsvertrag, Gründung einer Betriebs-GmbH, Haushaltermächtigung), damit mit dem Projekt begonnen werden kann, und welche Hindernisse noch bestehen?

Thomas Gehring
(GRU)

Nachdem bei dem zweijährigen Projekt „Höherer Verbraucherschutz nach dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz (WVBG) – Neue Wohnformen für ältere Menschen und Einrichtungen der Behindertenhilfe“ die Verbraucherzentralen Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen mit im Boot sind, frage ich die Staatsregierung, warum ist Bayern nicht beteiligt und was wird sie tun, um die Umsetzung des WVBG auch in bayerischen Pflege- und Behinderteneinrichtungen zu fördern?

Ulrike Gote
(GRU)

Vor dem Hintergrund, dass viele Studierende in den von der Hochwasserkatastrophe betroffenen Städten wie Passau und Degendorf ihre Zeit und Ihre Kraft in den vergangenen Tagen und Wochen in erster Linie dem Einsatz für ihre Mitmenschen und für die Stadt, in der sie leben, gewidmet und mit dieser vorbildlichen Entscheidung gleichzeitig viel Zeit verloren haben, um sich auf Prüfungen vorzubereiten oder Abgabetermine für schriftliche Arbeiten einhalten zu können, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen sie plant, um eine aus dem beispielhaften Engagement resultierende Benachteiligung dieser Studierenden zu verhindern und wie sie zu dem konkreten Vorschlag steht, den betroffenen Hochschulen in Form einer Ausnahmeregelung die Möglichkeit zu geben, die Regelstudienzeit für all jene um ein Semester verlängern, die als freiwillige Helferinnen und Helfer tätig waren?

Eva Gottstein
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie stellt sich die verfügbare Personalstärke der Polizeiinspektionen Eichstätt, Beilngries und Ingolstadt seit Januar 2012 bis heute dar (bitte Angaben über Lehrgangsbesuche, Krankheit und Urlaub pro Monat auflisten) und wie hat sich in diesem Zeitraum die Kriminalitätsrate für die Einzugsbereiche Eichstätt, Beilngries und Ingolstadt im Bereich Einbrüche entwickelt und wie viele Beamtinnen und Beamte waren während der Nachtschichten in Eichstätt, Beilngries und Ingolstadt eingesetzt?

Martin Güll
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher rechtlichen Grundlage wird hinsichtlich der Milch nicht mehr zwischen den Tbc-Stämmen *Mycobacterium caprae* und *Mycobacterium bovis* unterschieden, ist es korrekt, dass Betriebe wegen der fehlenden Untersuchung von Ziegen gesperrt wurden, obwohl kein zugelassenes Tuberkulin für Ziegen vorhanden ist und die rechtlichen Voraussetzungen für einen Feldversuch fehlen und trifft es zu, dass die eigenen Untersuchungsergebnisse der Betriebe nicht herausgegeben werden bzw. bereits viele Proben am Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) „vergammelt“ sind?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wann wurde dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der letzte Genehmigungsentwurf zum Antrag auf Leistungserhöhung des Atomkraftwerks Gundremmingen übermittelt, wann fand die letz-

te Besprechung in dieser Angelegenheit mit dem Antragsteller statt und wann hat der Antragsteller zuletzt einen Genehmigungs-entwurf erhalten?

Erwin Huber
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Überlegungen hat sie zur Verbesserung des Hochwasserschutzes an der niederbayerischen Vils und gibt es Schlussfolgerungen aus dem Hochwasser im Mai bzw. Juni, vor allem östlich des Rückhaltesees in Marklkofen?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was ist nach ihrem Wissen und ihrer Meinung der Grund, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit dem ihm im Dezember 2007 gesandten Entwurf für die Genehmigung der riskanten Vergrößerung der Reaktorleistung in jedem der zwei Gundremminger Siedewasserreaktoren um 160.000 Kilowatt (160 MW) bisher nicht zugestimmt hat und jetzt dem Vernehmen nach zustimmen will und hat die Staatsregierung versucht, die Antragsteller RWE und E.ON zu einem Zurückziehen ihres Genehmigungsantrags zu bewegen, so wie E.ON den Antrag auf Leistungserhöhung im Atomkraftwerk Grafenrheinfeld im vergangenen Jahr zurückgezogen hat?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Betriebe bzw. Tiere (Anzahl der Erstuntersuchungen Tuberkulin-Monotest, Anzahl der Nachuntersuchungen BOVIGAM®-Bluttest, Anzahl der Kontrolluntersuchungen mit der molekularbiologischen Untersuchung PCR-Test jeweils gesamt und davon positiv) wurden aufgrund des Verdachts von Rinder-Tbc bislang gesperrt, wie viele Tiere wurden gekeult und wie viele Tiere wurden bisher als bakteriologisch erkrankt (Nachweis mittels Anlage einer Kultur) beziehungsweise als infektiös eingestuft (Aufschlüsselung jeweils nach Landkreis bzw. Regierungsbezirk)?

Alexander König
(CSU)

Ich frage die Staatsregierung, wird sie darauf hinwirken, dass seitens der Bayreuther Festspiele GmbH zukünftig nicht nur auflagen- und reichweitenstarke Medien aus deutschen und internationalen Zentren wie München, Berlin, Tokio oder Johannesburg mit Rezensentenkarten für die Bayreuther Festspiele und hier insbesondere die Festspiel-Premieren der Neuproduktionen ausgestattet werden, sondern auch wieder kleinere Medienhäuser aus den bayerischen Regionen und aus dem unmittelbaren Umkreis Bayreuths, welche über Jahrzehnte treu, sachlich und mitunter natürlich auch kritisch über das vom deutschen Steuerzahler finanzierte Wagner-Theater berichtet haben und neuerdings mangels Pressekarten von der Berichterstattung faktisch ausgeschlossen werden?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund der Ankündigungen der EU-Kommission, ab 2014 keinen Sondergebietsplafonds für Ostbayern vorzusehen und unter der theoretischen Annahme, dass sich keine weiteren Änderungen durch Intervention in Brüssel oder durch Umverteilung von C-Gebieten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland mehr ergeben würden, frage ich die Staatsregierung, bis wann die jetzt geltenden Fördergrenzen noch Gültigkeit haben, wie hoch der offene Antragsbestand in den einzelnen Regierungsbezirken

Bayerns zum aktuellen Zeitpunkt ist und wie viel Mittel die Staatsregierung zusätzlich zu den bereits jetzt vom Landtag bewilligten Mitteln für das Jahr 2013 benötigten würde, um alle bestehenden förderwürdigen Anträge noch in diesem Jahr zu bedienen?

Thomas Mütze
(GRU)

Da auf der Strecke der Werntalbahn zwischen Gemünden und Schweinfurt bereits jetzt regelmäßig Leerreisezüge und Überführungsfahrten verkehren, frage ich die Staatsregierung, wie sie bzw. die Bayerische Eisenbahngesellschaft dazu steht, diese Fahrten in öffentliche Züge mit mehreren Haltepunkten umzuwandeln, ob sie sich ggf. federführend an der Erstellung einer Machbarkeitsstudie zur Belebung des Personennahverkehrs für die Werntalbahn, Strecke Schweinfurt – Gemünden, beteiligen wird und, ob sie den Landkreis Schweinfurt und den Landkreis Main-Spessart bei der vollständigen Reaktivierung der Werntalbahn Schweinfurt – Gemünden unterstützen wird?

Christa Naaß
(SPD)

Nachdem vom Zentrum Bayern Familie und Soziales der Neubau der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) der Diakonie Neuendettelsau in Rothenburg ob der Tauber weder in das Investitionsförderprogramm 2012 noch in das Förderprogramm 2013 aufgenommen wurde, frage ich die Staatsregierung, bis wann mit einer positiven Entscheidung für das Jahr 2014 zu rechnen ist?

Maria Noichl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, ist es korrekt, dass der Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, Dr. Marcel Huber, sich persönlich für das teilweise rechtswidrige Vorgehen hinsichtlich der Rinder-Tbc-Bekämpfung in Bayern (und die Sperrung der Betriebe) in einem Schreiben an Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, stark gemacht hat, um Molkereien hinsichtlich der vertraglich festgelegten Abnahmeverpflichtung zu entlasten, geht Staatsminister Dr. Marcel Huber von einer Bedrohung für die Allgemeinheit durch den Ausbruch der Rinder-Tbc aus und ist Staatsminister Dr. Marcel Huber, bekannt, dass Bundesministerin Ilse Aigner auf Europäischer Ebene darauf hinwirkt, dass der Mycobacterium caprae-Erregerstamm der Tbc in die entsprechenden EU-Vorgaben aufgenommen werden soll (analog Mycobacterium bovis) und Deutschland folglich den Status der Tbc-Freiheit verliert?

Mannfred Pointner
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Stand beim Pilotprojekt „Gerichtsnahe Mediation am Landgericht München I“, welche Modalitäten sind für das Pilotprojekt geplant (Kosten, Verwendung der Ergebnisse im Gerichtsverfahren,...) und nach welchen Kriterien sollen die Mediatoren ausgewählt werden?

Markus Reichhart
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann rechnet sie mit dem Erlass der Verordnung nach § 6 des Mediationsgesetzes (MediationsG), welche Inhalte bezüglich der Anforderungen an die Aus- und Fortbildung zum zertifizierten Mediator wird die Verordnung voraussichtlich enthalten und welche Experten werden bei der Erarbeitung der Verordnung herangezogen?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und -beamte der Inspektionen 24 und 25 im Münchner Osten gab es in den vergangenen 10 Jahren (aufgeschlüsselt nach Jahren und Deliktarten), wie viele Polizistinnen und Polizisten wurden in den besagten Zeiträumen verletzt, (bitte Dauer der Dienstunfähigkeit angeben) und wie war die Entwicklung im Vergleichszeitraum in München und Bayern?

Dr. Martin Runge
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Gründe sind für die Verkürzung der Betriebszeiten der S 20 jeweils auf die Hauptverkehrszeit in der Früh und am Abend (Montag bis Freitag) und die Verlegung des Laufweges der S 20 von Deisenhofen nach Höllriegelskreuth ab Fahrplanwechsel im Dezember 2013 verantwortlich, inwieweit sind zukünftig überhaupt noch Fahrten zwischen Pasing und Deisenhofen über die Sendlinger Spange möglich, inwieweit werden davon die Planungen für den Bau eines Bahnhofs Mengerschwaige (Verknüpfung zur Tramlinie nach Grünwald) beeinflusst?

Helga Schmitt-Bussinger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, trifft es zu, dass die Soforthilfe in Höhe von 1.500 Euro, die den von den Auswirkungen des Hochwassers der letzten Wochen betroffenen Menschen unbürokratisch zur Verfügung gestellt wird, nach Weisung der Staatsregierung ohne jeglichen Nachweis eines vom Hochwasser verursachten Schadens von den Kommunen ausbezahlt wird und wie kann, wenn diese nachweislose Auszahlung tatsächliche Praxis ist, gewährleistet werden, dass kein Missbrauch betrieben wird?

Harald Schneider
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, kann sie mittlerweile genaue Angaben darüber machen, wann der Baubeginn für den insgesamt 5 km langen Streckenabschnitt der Staatsstraße 2315 nördlich von Kreuzwertheim, der im 7. Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern in die Dringlichkeitsstufe 1R eingeordnet wurde, sein wird und besteht die Möglichkeit, dass diese sehr notwendige Baumaßnahme in eine höhere Dringlichkeitsstufe eingruppiert wird, sodass die Bauarbeiten zu einem Zeitpunkt vor dem Jahr 2021 beginnen können?

Theresa Schopper
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Rechtsverordnungen für das Gesetz über den öffentlichen Gesundheits- und Veterinärdienst, die Ernährung und den Verbraucherschutz sowie die Lebensmittelüberwachung (Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz – GDVG) nach Art. 7 „Aufgabenübertragung und Beleihung, Qualitätssicherung“ sowie Art. 11 Gutachten, Zeugnisse, Bescheinigungen (hier: Abs. 2) zum Themenbereich „Gutachten für den öffentlichen Gesundheitsdienst“ in Kraft sind und wie und wo diese bereits zur Anwendung gekommen sind?

Tanja Schweiger
(FREIE WÄHLER)

Vor dem Hintergrund der Abstandsdiskussion zum Thema Windräder frage ich die Staatsregierung, wie das Ziel erreicht werden soll, 1.500 Windräder in Bayern zu installieren und wie sie erreichen möchte, dass eine „Umzingelung“ oder übermäßige Belastung einzelner Siedlungsteile mit Windrädern vermieden wird?

Christine Stahl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Auswirkungen auf die Realisierung des Projekts „Bau einer Westumfahrung durch Verlegung der Staatsstraße 2243“ hätte es, wenn die Gemeinde Neunkirchen am Brand das Instrument der Sonderbaulast nutzen würde, welche Zuschusshöhe seitens des Freistaats wäre zu erwarten und wann würde der Zuschuss ausbezahlt?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie die Presseberichten zufolge höhere Kostenbeteiligung des Freistaats Bayern an der Sanierung des Kurbades Bad Kissingen finanziert werden soll, inwiefern eine staatliche Beteiligung an dem vorgesehenen 5-Sterne-Hotelneubau mit der Haushaltsordnung vereinbar ist und wie das Verhältnis von Nutzen und Kosten für dieses staatliche Engagement gegebenenfalls aussieht?

Christa Steiger
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, nimmt Bayern am bundesweiten Projekt „Höherer Verbraucherschutz nach dem Wohn- und Betreuungsvertragsgesetz – Neue Wohnformen für ältere Menschen und Einrichtungen der Behindertenhilfe“ des Verbraucherzentrale Bundesverbandes teil, wenn nein, warum nicht, und mit welchen Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung die Verbraucherrechte von Bewohnerinnen und Bewohnern in Alten- und Pflegeheimen zu stärken?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Beamte jeweils noch für den Personenschutz der Ministerpräsidenten a.D. Dr. Edmund Stoiber und Dr. Günther Beckstein eingesetzt werden, wie hoch die hierfür jeweils anfallenden Gesamtkosten sind und ob es nach Kenntnis der Staatsregierung in der Bundesrepublik Deutschland vergleichbare Fälle gab oder gibt, in denen nicht mehr amtierende Ministerpräsidenten so lange Polizeischutz bekommen haben?

Reinhold Strobl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen Maßnahmen bereitet sie sich auf den zu erwartenden Anwuchs der Schülerzahlen auf die stark nachgefragten Realschulen in Bayern vor, damit eine räumliche Unterbringung trotz der vielerorts bereits jetzt beengten räumlichen Verhältnisse gewährleistet ist und besteht die Möglichkeit der Auslagerung von Klassen an Standorte von Mittelschulen speziell in ländlichen Regionen wie der Oberpfalz?

Dr. Simone Strohmayr
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Grund- und Mittelschulen in Bayern haben einen gemeinsamen Schulleiter, welche Auswirkung (Anrechnungsstunden, Personalstellen, Schulleitungen und Verwaltungsangestellte) hätte eine „saubere Trennung“ nach Einzelschulen und warum erhalten Schulleiter, die zwei Grundschulen und Schulleiter, die zwei Mittelschulen führen, dafür Anrechnungsstunden, Schulleiter, die zwei Schularten (eine Grundschule und eine Mittelschule) führen, aber nicht?

Simone Tolle
(GRU)

Angesichts der Verfahrensweise der Stadt Arnstein in Sachen Abrechnung der Verbesserungsbeiträge für die Entwässerungseinrichtung des Entsorgungsgebietes Zentralkläranlage Werntal frage ich die Staatsregierung, wann wurden die Vorauszahlungsbescheide für Verbesserungsbeiträge für die Entwässerungseinrich-

tung des Entsorgungsgebietes Zentralkläranlage Werntal verschickt (bitte nach Ortsteilen auflisten), wann ist die Endabrechnung der Maßnahme geplant und hält es die Staatsregierung für normal, dass ein Verwaltungsvorgang so lange dauert?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Da mir ein Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Dr. Andreas Scheuer, vom 27. März 2013 vorliegt mit der Aussage, dass neben den rund 2 Mio. Euro für die laufenden Vorarbeiten der Bund im Rahmen des Infrastrukturbeschleunigungsprogramms (IBP) II zusätzlich 6 Mio. Euro bereitgestellt hat, die über die gesamte Bauzeit darüber hinaus erforderlichen Mittel aber in Abhängigkeit vom tatsächlichen Projektverlauf sowie unter Berücksichtigung des Mittelbedarfs der weiteren Bedarfsplanvorhaben in Bayern in den kommenden Haushaltsjahren entsprechend berücksichtigt werden, frage ich die Staatsregierung, zunächst wie die Finanzierung verteilt wird (bitte die Höhe und die Aufteilung auf die Jahre angeben) und wie ein Bauoberrat vom Staatlichen Bauamt Regensburg zu seiner Aussage kommt, dass er eine Zusage von höchster Stelle hat, für die Maßnahme, die in den nächsten vier Jahren durchgezogen werden solle, und dass die Finanzierung sicher sei?

Hans Joachim Werner
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, liegen ihr Erkenntnisse vor, nach denen in Ingolstadt türkische Gruppen von Milli Görüs und der Grauen Wölfe aktiv sind?

Johanna Werner-Muggendorfer
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum reichen ihre Kofinanzierungsmittel für Projekte z.B. nach § 13 des Sozialgesetzbuches (SGB) VIII, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden, nicht bis zum Ende der laufenden ESF-Förderperiode, mit welchen Folgen für die betroffenen Projekte rechnet die Staatsregierung und welche Möglichkeiten sieht sie, um das finanzielle Überleben der betroffenen Projekte bis zum Beginn der nächsten ESF-Förderperiode im Jahr 2015 zu sichern?

Isabell Zacharias
(SPD)

Bezüglich meiner Anfrage zum Plenum am 16. April 2013 auf Drs. 16/16465 frage ich die Staatsregierung, wenn, wie in der Antwort des Staatsministeriums des Innern ausgeführt, keine gesonderte Erfassung des Missbrauchs Schutzbefohlener durch Lehrer stattfindet, werden dann diese Missbrauchsfälle nicht von der Polizei den Schulbehörden gemeldet, erfolgt dort keine Erfassung der gemeldeten Missbrauchsfälle und wenn ja, aus welchem Grund wird keine Meldung an die Schulbehörden durchgeführt?